



Hauptausschuss

13. Sitzung (öffentlich)

23. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Erster Bericht des Medienrates NRW 2004/2005

1

Vorlage 14/196

Informationsgespräch mit Dr. Klaus Klenke (ehemaliger Vorsitzender des Medienrates NRW)

In Verbindung damit:

Medienkompetenzbericht 2005

2

Zweiter Bericht der Landesanstalt für Medien NRW zur Medienkompetenz in Nordrhein-Westfalen (unmittelbar verteilt auch an den Hauptausschuss)

Informationsgespräch mit dem Direktor der Landesanstalt für Medien, Prof. Dr. Norbert Schneider

In Verbindung damit:

Medienforum

6

Informationsgespräch mit Dr. Jürgen Brautmeier (LfM Nova)

- | | | |
|---|---|----|
| 2 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1000

ergänzende Erläuterungen (verteilt an die Mitglieder des Hauptausschusses)
Vorlage 14/254 (Erläuterungsband zum Einzelplan 02)
Vorlage 14/297 (Erläuterungsband zum Einzelplan 15)
Vorlage 14/352

Einzelberatung der Haushaltsansätze der Einzelpläne
01 (Landtag)
02 (Ministerpräsident)
15, Kapitel 15 081 (Landeszentrale für politische Bildung), Zuständigkeit des Hauptausschusses | 8 |
| 3 | „Weltjugendtagshügel“ erhalten und Erinnerung an Weltjugendtag bewahren
Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/212
Vorlage 14/306

<div style="padding-left: 40px;">Die Anregung des Vorsitzenden, das Thema beim nächsten Obleutegespräch zu behandeln, um sich möglicherweise auf einen gemeinsamen Text zu verständigen, wird von allen Fraktionen akzeptiert.</div> | 22 |
| 4 | Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken
Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1193

<div style="padding-left: 40px;">Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, den Punkt für die Sitzung am 27. April wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, erhebt sich kein Widerspruch.</div> | 23 |

5 Regionale Partnerschaft mit der Türkei begründen 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1106

In Verbindung damit:

Zusammenarbeit mit der Türkei praxisnah und sachorientiert gestalten

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1164

- Verfahrensabsprache

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben, um sich dann eventuell mit einer gemeinsamen Haltung dem Thema zuzuwenden.

6 DAB - Konzentration aller Kräfte für die schrittweise Digitalisierung des Radiobetriebs 25

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/870

Gegen die Feststellung des Vorsitzenden, dass Konsens darüber bestehe, jetzt abzustimmen, erhebt sich kein Widerspruch.

Der Ausschuss lehnt sodann den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

7 Die Chancen der Digitalisierung für NRW nutzen - DVB-T in konzertierter Aktion stärken 28

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/871

Vorsitzender Werner Jostmeier wird das Thema wieder auf die Tagesordnung setzen, wenn die Fraktionen es wünschen.

Landtag Nordrhein-Westfalen	IV	APr 14/152
Hauptausschuss		23.03.2006
13. Sitzung (öffentlich)		ni-be

Seite

8 **Verschiedenes/Verfahrensabsprachen** 29

a) Zuordnung von Übertragungskapazitäten für Rundfunk

Vorlagen 14/316 und 14/354

Der Vorsitzende stellt die Kenntnisnahme durch den Ausschuss fest.

b) EU-Agrarpolitik durch Abschaffung der obligatorischen Flächenstilllegung entbürokratisieren

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/877

In Verbindung damit:

Stärkung des Agrarstandortes Deutschland durch Innovationsförderung und Bürokratieabbau

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/916

c) Gesundheitsgefährdung für Patientinnen und Patienten nicht länger hinnehmen! - EU-Richtlinie zur Bereitschaftszeit von Ärztinnen und Ärzten zügig umsetzen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/887

d) Nordrhein-Westfalen erhält das modernste Bildungssystem Deutschlands - Novellierung des Schulgesetzes unverzichtbar

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1024

In Verbindung damit:

Den Weg freimachen für ein wirklich modernes und international anschlussfähiges Schulsystem in NRW - Das Eckpunktepapier der Landesregierung unverzüglich zurückziehen!

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1031

Der Vorsitzende stellt fest: Die Unterpunkte a), b) und d) sind behandelt, der Punkt c) werde, um einen Bericht der Landesregierung zu hören, in einer der nächsten Sitzungen wieder aufgerufen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1000

ergänzende Erläuterungen (verteilt an die Mitglieder des Hauptausschusses)

Vorlage 14/254 (Erläuterungsband zum Einzelplan 02)

Vorlage 14/297 (Erläuterungsband zum Einzelplan 15)

Vorlage 14/352

Einzelberatung der Haushaltsansätze der Einzelpläne 02 (Ministerpräsident), 01 (Landtag) und Kapitel 15 081 (Landeszentrale für politische Bildung) des Einzelplans 15, Zuständigkeit des Hauptausschusses

Einzelplan 01 - Landtag

Der **Direktor beim Landtag, Peter Jeromin**, teilt mit, nach seinen Informationen solle das in der letzten Sitzung angesprochene Problem - Kompetenzen im Bereich des Personals, Stichwort: kw-Stellen - wohl mit der Ergänzungsvorlage im Sinne des Parlaments gelöst werden. - **Peter Biesenbach (CDU)** bestätigt das Vorliegen einer in diesem Sinne positiven Lösung.

Einzelplan 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten

Kap. 02 010 - Ministerpräsident

Titelgruppe 99 - Fahrdienst der Landesregierung

Wolfram Kuschke (SPD) und **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** erkundigen sich nach dem Grund für die Ansatzserhöhungen.

Nach den Worten von **MR Heinz Feldkötter (StK)** handelt es sich nicht um eine Erhöhung, sondern, bedingt durch die Ausweisung des Fahrdienstes der Landesregierung ab dem Haushalt 2006 als Produkthaushalt, um eine Verlagerung der früher an verschiedenen Stellen des Zentralkapitels 02 010 ausgewiesen gewesenen Ansätze in die neue Titelgruppe 99 mit unter anderem der Konsequenz einer gemeinsamen Veranschlagung zum Beispiel der bisher in zwei Titeln ausgewiesen gewesenen Ausgaben einerseits der Miete für das Dienstgebäude, andererseits der Miete - in Form der Leasingraten - für die Fahrzeuge in Titel 518 99.

In Einzelnen fänden sich dort jetzt - jeweils einschließlich einer Steigerungsrate - die Mieten für das - nach wie vor selbe - Dienstgebäude auf der Feldstraße - Miete alt

193.600 €, Miete neu 195.500 € -, für Garagen der Cheffahrzeuge - Miete alt 6.000 €, Miete neu 7.000 € -, die Leasingraten für die Dienstkraftfahrzeuge - bisher geleast 60 Fahrzeuge für 339.900 €, jetzt 62 Fahrzeuge für 389.000 € - sowie, da auf die Beschaffung von Dienstfahrzeugen zugunsten des kostengünstigeren Leasings verzichtet werde, der Ansatz aus dem früheren Titel 811 01 - Beschaffung von Dienstkraftfahrzeugen -, abgerundet auf 97.000 €, was sich dann in der Summe auf 688.500 € belaufe.

Der frühere Titel 811 01 trage neu die Ziffer 811 99 und sei mit einem Strichansatz versehen.

Titel 517 01 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

Titel 518 01 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Peter Biesenbach (CDU) verweist auf die in Vorlage 14/352 enthaltenen Ausführungen der Staatskanzlei und bittet um weitere Erklärungen zu den immensen Miet- und Nebenkostensteigerungen für die Unterbringung der Staatskanzlei im Stadttor.

Betreffend die Antwort des **Chefs der Staatskanzlei und Staatssekretärs für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)**, kann ebenfalls zunächst auf die diesbezüglichen Erläuterungen in Vorlage 14/352 verwiesen werden.

Ergänzend merkt der Staatssekretär an, der Anstieg der Ausgaben für Nebenkosten hänge zum einen mit Verbrauchssteigerungen, zweitens mit Preissteigerungen und drittens mit der Begleichung bisher der Höhe nach noch streitbehaftet gewesener Kostenpositionen zusammen. Die Prüfung durch Anwälte habe die Staatskanzlei veranlasst, von einer weiteren Beschreitung des Rechtswegs Abstand zu nehmen.

Heinrich Kemper (CDU) erkundigt sich nach der Laufzeit des Mietvertrages.

Peter Biesenbach (CDU) bittet angesichts der sicherlich für die gesamte Laufzeit gültigen Bindung des Mietpreises an eine Indexklausel um eine Prognose über die zu erwartende Höhe der Kosten und einen Vergleich mit der marktüblichen Mietpreisentwicklung für Büroraum in Düsseldorf. In Köln beispielsweise würden die Mieten für Büroraum sogar sinken.

CdS und StS für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK), merkt an, der 1998 auf 30 Jahre abgeschlossene Mietvertrag beinhalte seines Wissens auch für die Zukunft ein Bemessen von Steigerungen auf der Grundlage des Lebenshaltungskostenindex.

Eine Übersicht über die Mietpreisentwicklung für Büroraum in Düsseldorf wolle er gerne zur Verfügung stellen. Wie ihm aus seiner früheren Tätigkeit bekannt, seien die Mieten in den letzten Jahren jedoch wohl nicht gesunken. Die in Zukunft auf das Land zukommenden Kosten durch Indexsteigerungen ließen sich aber nur sehr schwer prognostizieren.

Titelgruppe 70 - Medien- und Informationstechnik**Titel 547 70 - Aufwendungen für Leistungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik**

Auf Nachfrage von **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** erläutert **MR Heinz Feldkötter (StK)**, wegen eines Fehlers bei der technischen Umsetzung fehle der Hinweis, dass es hier nicht nur um Ausgaben für das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik gehe, sondern zusätzlich um bisher komplett im Einzelplan 03 veranschlagt gewesene Ausgaben für das - seit 2002 als Landesbetrieb geführte - Gemeinsame Gebietsrechenzentrum in Hagen. Seit dem Haushalt 2006 würden diese Ausgaben nutzergerecht aus dem Kapitel 03 620 herausgelöst und den Nutzerkapiteln zugeordnet. Wie im Berichterstattergespräch vereinbart, werde dem Protokoll über dieses Gespräch eine Auflistung der Verteilung der bisher zentral ausgewiesen gewesenen Mittel auf die Einzelpläne beigelegt.

Die Ausgabenerhöhung bei Titelgruppe 70 um 132.400 € berücksichtige die von ihm schon angesprochene Verlagerung aus dem Einzelplan 03 und den notwendigen Mehrbedarf, insbesondere hervorgerufen durch die Notwendigkeit, etliche Wartungsverträge stärker zu bedienen als bisher.

Kap. 02 020- Allgemeine Bewilligungen**Titel 685 40 - Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH**

Der **CdS und StS für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)**, erinnert bezüglich der von Peter Biesenbach hinterfragten Absenkung des Zuschusses um rund 2 Millionen € an die entsprechende Vorgabe des Finanzministers. Anschließend habe die Landesregierung mit der GmbH Gespräche geführt mit dem Ergebnis, dass diese Kürzung kein laufendes Projekt gefährde, aber neue, durchaus geplante nicht begonnen werden könnten, was die Landesregierung angesichts der Tatsache, dass man sich ohnehin in Verhandlungen über die Zukunft beziehungsweise Auflösung der Projekt Ruhr GmbH und Übertragung der Aufgaben auf den RVR befinde, für akzeptabel halte.

Titelgruppe 63 - Förderung des Ehrenamtes**Titel 547 63 - Maßnahmen zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements**

Wolfram Kuschke (SPD) meldet Zweifel an der rechnerischen Richtigkeit der Veranschlagung einschließlich der in den Erläuterungen gegebenen Begründung an.

Gemäß den Angaben auf Seite 26 der Vorlage 14/254 solle der Ansatz 2006 608.000 € im Gegensatz zu 1 Million € im Jahre 2005 betragen und damit ein Minus von 391.200 € ausweisen.

Einige Sätze weiter stehe nachzulesen, übertragen in die Landesversicherung „Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz für Ehrenamtliche“ in den Einzelplan 15 würde ein Betrag von 300.000 €.

MR Heinz Feldkötter (StK) nennt als indirekte „Ursache“ für die Differenz von 91.200 € die grundsätzliche Reduzierung der Transferausgaben durch die Landesregierung im Haushalt 2006 um 20 %. Da drei in sensiblen Bereichen tätige Zuwendungsempfänger durch eine solche drastische Kürzung in ihrer Substanz getroffen wären, habe man bei ihnen die 20 %-Kürzung auf vier Jahre gestreckt und die Gelder jeweils nur um 5 % vermindert.

Es handele sich dabei um die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen - Titel 684 00, Kürzung um 19.000 € -, um die „Stiftung Entwicklung und Frieden“ - Titel 685 20, Kürzung um 8.400 € - und um die Europa-Union Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V., Dortmund - Kapitel 02 030, Titel 686 30, Kürzung um 3.000 €. Die Summe von 30.400 € mal drei ergebe 91.200 € als kompensatorische Größe für die bei den drei genannten Zuwendungsempfängern unterbliebenen Kürzungen.

Nach Ansicht von **Wolfram Kuschke (SPD)** ziele der Verwendungszweck bei den Mitteln für das Ehrenamt auf sehr flexible, unbürokratische, gar nicht im Vorhinein planbare Maßnahmen. Eine Kürzung bedeute, insgesamt aus den zur Verfügung stehenden Mitteln weniger ausgeben zu können.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) empfindet dieses Vorgehen der Landesregierung als in gewissem Sinne wirklich konsequent, denn ein Ministerpräsident, der mit seiner Landesregierung bei sämtlichen ehrenamtlichen Strukturen - im Sozialbereich, im Jugendbereich, in der Eine-Welt-Politik - kürze, werde sicherlich nicht mehr so gerne zu Ehrenamtstouren eingeladen.

Kap. 02 050 - Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) wendet sich den Titeln 684 11 bis 684 15 und den ausgewiesenen Steigerungen der Zuschüsse an die verschiedenen Kirchen zu. Andererseits beklagten die Kirchen die Absenkungen der Mittel in den Fachkapiteln, was, so die Kirchen, ihre soziale Arbeit berühre.

Nach Auskunft von **CdS und StS für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)**, gehe die Erhöhung zurück auf mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, getroffene Absprachen. Paul Spiegel habe auf die Probleme der jüdischen Gemeinden aufmerksam gemacht, deren Pro-Kopf-Aufkommen an Steuereinnahmen aufgrund der in den letzten Jahren erheblichen Zuwanderung von Gemeindemitgliedern mit wenig Einkommen rapide gesunken sei. Diese Zuwanderung be-

deute für die Gemeinden andererseits eine zusätzliche finanzielle Belastung durch die notwendige Betreuung der neuen Gemeindemitglieder. Die Steigerung um 2 Millionen € diene der Linderung der größten Not. Formal könne das Ganze natürlich erst nach Abschluss der Haushaltsberatungen auf den Weg gebracht werden.

Die Anhebungen der Zuschüsse für die anderen Kirchen beruhten auf staatsvertraglichen Verpflichtungen, jedoch nicht auf freiwilligen Initiativen der Landesregierung.

Titel 684 17 - Zuschüsse für die Durchführung des Weltjugendtages

Markus Töns (SPD) erkundigt sich, ob der Ansatz von 1 Million € auch die Gelder für den Erhalt und die Pflege des Weltjugendtagshügels umfassten.

Derartige Mittel, so **CdS und StS für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)**, würden, so sie dieses Jahr überhaupt anfielen, an anderer Stelle finanziert. Hier werde lediglich eine mit einer im Jahre 2005 ausgebrachten, im Jahre 2006 fälligen Verpflichtungsermächtigung ausgewiesene Summe in den Haushalt eingestellt.

Kap. 02 060 - Landesarchiv, Archivwesen

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) interessiert die Begründung für den Wegfall von sechs Stellen für Auszubildende.

CdS und StS für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK), teilt mit, die Stellen fänden sich im kameralen Haushalt nach wie vor; Frau Löhrmann beziehe sich auf den Produkthaushalt, der diese Stellen als solche aus haushaltstechnischen Gründen nicht mehr ausweise.

Kap. 02 100 -Vertretung des Landes beim Bund

Titel 422 01 - Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter

Titel 429 00 - Vergütungen und Löhne der Arbeiter/-innen sowie Ausbildungsvergütungen

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) wünscht zu erfahren, ob die Besoldung der Dienststellenleitung der Landesvertretung in Berlin auf der gleichen Besoldungsstufe erfolge wie bisher. - Der **CdS und StS für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)**, teilt mit, eine Veränderung gebe es nicht.

Kap. 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union**Titel 422 01 - Bezüge und Nebenleistungen für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter**

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass für die Landesvertretung in Brüssel nicht nur eine, wie in Vorlage 14/352 dargelegt, sondern drei neue Planstellen geschaffen worden seien, und das mit Mehraufwendungen von 436.700 € - eine erhebliche Steigerung angesichts des ansonsten betriebenen Personalabbaus. Sie spreche sich einerseits deutlich gegen diese Schaffung zusätzlicher Stellen aus und wolle wissen, ob es dem üblichen Verfahren entspreche, einen Vertrag mit zukünftigen Amtsinhabern schon vor Verabschiedung des neuen Haushalts und damit vor dem Vorhandensein der Stellen abzuschließen.

Markus Töns (SPD) erkundigt sich, ob die Mehrkosten im Personalbereich zulasten der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit gingen.

CdS und StS für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK), bejaht sowohl die rechtliche Möglichkeit und auch die Üblichkeit des von der Landesregierung gewählten Verfahrens, nämlich zunächst einmal eine anderweitig freie Stelle vorübergehend für eine solche Lösung zu nutzen. Im Übrigen würden nicht drei, sondern zwei Stellen neu eingerichtet: eine Stelle der Besoldungsgruppe B 4 für die Abordnung eines Mitarbeiters an das Auswärtige Amt und eine Stelle der Besoldungsgruppe A 12. Bei der dritten Stelle handele es sich lediglich um den Nachvollzug einer Umsetzung im Haushaltsvollzug 2005, die im Gesamthaushalt neutral sei.

Nach Auskunft von **MDgt Annette Storsberg (StK)** existiert zu den Verminderungen bei den Ansätzen für Öffentlichkeitsarbeit kein Zusammenhang.

Wolfram Kuschke (SPD) fasst, bestätigt durch die Landesregierung, zusammen, dass mit der B4-Stelle die gemeint sei, die Dr. Degen inne gehabt habe.

Ein normaler Vorgang wäre das Ganze nach Ansicht von Wolfram Kuschke gewesen, wäre das Auswärtige Amt an die Landesregierung mit dem Wunsch nach einem bestimmten Mitarbeiter herangetreten oder hätte die Landesregierung es für sinnvoll erachtet, einen bestimmten Mitarbeiter im Auswärtigen Amt zu platzieren. Hier jedoch habe die Landesregierung in der Landesvertretung lediglich eine neue Leitung installieren wollen.

Kap. 02 200 - Medien und Telekommunikation

Die **SPD-Fraktion** hält nach den Worten von **Marc Jan Eumann** die - wenngleich die Erläuterungen insgesamt etwas anderes vermuten ließen - mit 25 % überdurchschnittli-

chen Kürzungen in diesem Kapitel für politisch falsch und werde dies in der nächsten Sitzung durch Änderungsanträge deutlich machen.

Um seine Kritik an dem von der Landesregierung den Abgeordneten gegenüber geübten Stil festzumachen, listet der Redner eine Reihe von Daten auf: Fragestellungen zu dem Kapitel durch ihn in der Sitzung des Hauptausschusses am 9. März, Datum der Vorlage 14/364 der Staatskanzlei, mit der sie diese Fragen beantworte: 22. März, Verteilung der Vorlage an die Abgeordneten: heute, 23. März.

Titel 546 00 - Geschäftsbesorgung durch die NRW Medien GmbH i. L.

Peter Biesenbach (CDU) erkundigt sich nach den Gründen für die Kürzung des Ansatzes und danach, weshalb das Liquidationsverfahren so lange dauere.

StS Thomas Kemper (StK) erklärt die Absenkung des Ansatzes wie folgt: In 2005 habe er noch circa 3 Millionen € für das Medienforum und rund 1,3 Millionen € für die Geschäftsbesorgung, nunmehr umgesetzt in die Titelgruppe 60 - Aus- und Fortbildung - und dort dann der globalen Minderausgabe zum Opfer gefallen, enthalten.

Titel 686 00 - Zuschüsse an das Europäische Medieninstitut

Marc Jan Eumann (SPD) bezeichnet die hier erfolgte Maßnahme als vernünftig.

Titelgruppe 60 - Aus- und Fortbildung im Medienbereich, Medienkompetenz

Titel 526 60 - Kosten für Sachverständige, Werkverträge und Ähnliches (s. dazu Vorlage 14/364)

Der **Regierungssprecher und Staatssekretär für Medien, Thomas Kemper (StK)**, bezeichnet die Kürzung um rund 1,3 Millionen € als eine Anpassung an die tatsächlichen Ausgaben der vergangenen Jahre. Der hohe Ansatz 2005 stehe im Übrigen im Zusammenhang mit der Liquidation der NRW Medien GmbH und der Umsetzung eines Teils der für die Geschäftsführung der Medien GmbH vorgesehenen gewesenen Mittel im Haushaltsvollzug in den hier diskutierten Titel.

Marc Jan Eumann (SPD) bittet um die Nennung nicht in der Vorlage erwähnter Projekte, die die Landesregierung in 2006 zu fördern beabsichtige, und um Auskunft darüber, ob für in der vergangenen Legislaturperiode geförderte Projekte bei Verabschiedung des Haushaltsentwurfs in der vorliegenden Form für die Zukunft ausreichend Gelder zur Verfügung ständen.

LMR Raimund Schommertz (StK) berichtet von der Absicht, den Tag der Medienkompetenz erneut zu veranstalten, was natürlich nur in Zusammenarbeit mit dem Landtag funktionieren wird.

Um Projekte konkret zu beschreiben, bedürfe es zunächst der Verabschiedung des Haushalts. Bis dahin unterliege die Staatskanzlei selbstverständlich Einschränkungen in Bezug etwa auf konkrete Vertragsverhandlungen mit dem Europäischen Zentrum für Medienkompetenz, welches bekanntlich eine europaweite Ausschreibung gewonnen habe und auf dieser Basis für die Landesregierung die Medienkompetenzprojekte betreue.

Titelgruppe 61 - Förderung der Film- und Fernsehinfrastruktur

Titel 682 61 - Zuschüsse an die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH (s. dazu Vorlage 14/364)

Peter Biesenbach (CDU) wünscht eine Erläuterung zu der Kürzung der Zuschüsse um rund 2,4 Millionen €.

Oliver Keymis (GRÜNE) schließt sich dieser Frage an, zumal es sich bei der Filmstiftung nicht nur um ein von allen Fraktionen in den letzten Jahren befürwortetes, sondern auch um das letzte verbliebene erfolgreiche medienwirtschaftliche Förderinstrument handle, welches vom Land und einigen Partnern bedient werde und laut diesbezüglicher Vereinbarungen auch in Zukunft bedient werden solle. Es mute sehr widersprüchlich an, wenn sich die Landesregierung auf der einen Seite kulturpolitisch „stark aufstelle“, auf der anderen aber derartige Einschnitte vornehme. Vielleicht bestehe eine Chance, gemeinsam ein Stück weit eine „Reparatur“ einzuleiten.

Marc Jan Eumann (SPD) verweist auf die - neben der filmwirtschaftlichen - mit Blick auf Kinos, Nachwuchsförderung etc. filmkulturelle Bedeutung der Filmstiftung und möchte wissen, ob es sich um eine einmalige Kürzung oder den Beginn eines Kürzungsprozesses handle.

StS für Medien, Thomas Kemper (StK), zitiert seinen Vorredner mit Äußerungen aus früheren Sitzungen des Hauptausschusses, in denen dieser davon gesprochen habe, mit der immensen Kürzung sei eine Grenze überschritten worden. - Sollte diese Grenze tatsächlich überschritten sein, so der Staatssekretär, gebe es dafür einen knallharten Grund, nämlich die Verschuldenspolitik der früheren Landesregierungen.

In Betracht kämen für die auch von der Landesregierung nur ungern anvisierten, aber unumgänglichen Maßnahmen nur disponible und damit natürlich Mittel auch aus dem Bereich der Film- und Fernsehinfrastruktur. An dieser sehr unangenehmen Entscheidung führe kein Weg vorbei. Außerdem erinnere er an die schon in den letzten Jahren deutlich gesunkenen Haushaltsansätze auf dem Feld Medien, und zwar von 42,6 Millionen € in 2001 auf 28,2 Millionen € in 2005.

In Gesprächen mit den anderen Gesellschaftern der Filmstiftung habe sichergestellt werden können, dass diese ihre Beiträge nicht reduzierten. Und auch im Haushalt der Filmstiftung könne es Möglichkeiten geben, bestimmte Dinge zu optimieren. Insbesondere hoffe er, dass es der Filmstiftung in diesem Jahr gelingen möge, die für Nordrhein-Westfalen und die nordrhein-westfälischen Produzenten messbaren Effekte spürbar zu verbessern, was einen Teil der von der Filmstiftung hinzunehmenden Einbußen kompensierte.

Über die Absichten der Landesregierung für den Haushalt 2007 lasse sich augenblicklich noch nichts sagen.

Wolfram Kuschke (SPD) bezeichnet den erfreulich hohen Ansatz 2005 als das Ergebnis harter Auseinandersetzungen aller Fraktionen und der Fachpolitiker auf der einen mit der damaligen Landesregierung und insbesondere dem Finanzminister auf der anderen Seite. Er wolle sich gar nicht vorstellen, in welcher Art und Weise CDU und FDP über die SPD hergefallen wären, trüge die SPD jetzt noch Regierungsverantwortung und hätte sie den Ansatz derart abgesenkt.

Diskussionen über Optimierung und Weiterentwicklung der Arbeit der Filmstiftung werde sich die SPD-Fraktion überhaupt nicht entziehen, um auf dieser Basis dann gegebenenfalls Entscheidungen zu treffen.

Und Diskussionen müssten auch stattfinden, strebte die Landesregierung, wie jüngst angekündigt, tatsächlich eine Konzentration auf nordrhein-westfälische Produzenten an, und zwar unter den Aspekten: „In welcher Form gibt es diese? In welchen Quantitäten und Qualitäten sind sie vorhanden? Ist eine Fokussierung auf NRW möglich, oder muss man nicht gerade bei dem Medium Film über NRW hinaus denken?“

Jetzt allerdings ständen nicht solcherart Debatten, sondern stehe das radikale Zurückfahren der Mittel am Anfang: ein Vorgehen, angesichts dessen Kulturschaffende, Kinobetreiber und Produzenten unisono ihre Besorgnis zum Ausdruck brächten. Warum eine Absenkung des Ansatzes automatisch zum Ziele führen solle, bleibe für ihn also unklar.

Vielleicht gebe es aber doch noch Chancen, in Übereinstimmung der Fraktionen bei diesem Ansatz nachzubessern.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) macht auf die gerade im Haushalt des Ministerpräsidenten sehr unterschiedliche Vorgehensweise aufmerksam: Dem - dankenswerterweise - für den Kulturbereich insgesamt zu verzeichnenden Plus ständen die geschilderten massiven Kürzungen im Bereich Film - dieser zähle für die Grünen ganz maßgeblich zur Kultur und zur kulturellen Bildung - gegenüber.

Gegenüber ständen diesen Kürzungen auch erheblich angehobene Mittel für Veranstaltungen und Gutachten sowie die - bereits vor Verabschiedung des Haushalts erfolgende - Verausgabung von Mitteln - Stichwort: Landesvertretung in Brüssel - für mit neuen Amtsinhabern besetzte Stellen.

Auf diese Widersprüche werde man die von den Kürzungen Betroffenen hinweisen.

Dr. Gerhard Papke (FDP) zeigt sich verwundert ob des Erstaunens von SPD und Grünen über neue Schwerpunktsetzungen der neuen Landesregierung - eine seines Erachtens Selbstverständlichkeit, ansonsten die Bürger die alte Landesregierung in der Verantwortung hätten belassen können. - Dies diene der Versorgung eigener Leute, wirft **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** ein. - Die Grünen seien die Letzten, die dieses Thema angehen sollten, erwidert **Dr. Gerhard Papke (FDP)**; sie sollten lieber in ihr eigenes Archiv schauen. - Da sei sie ganz sauber, kontert **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)**.

Als Auslöser der nicht nur bei der Filmstiftung unumgänglichen Kürzungen bezeichnet auch Dr. Papke die desaströse Haushaltslage.

Als das eigentlich Spannende erachte er die Beantwortung der Frage, wie die Filmstiftung trotz geringerer Ressourcen noch effizienter, besser und wirkungsvoller werden könne - aus Sicht seiner Fraktion gerade unter stärkerer Berücksichtigung der Interessen Nordrhein-Westfalens.

So ahnungslos, wie sich Herr Papke hier wieder gebe, könne er sich eigentlich in seiner Funktion als medienpolitischer Sprecher gar nicht einlassen - nicht zu dem Thema Filmstiftung und erst recht nicht dazu, welche Schwerpunkte die Landesregierung setze, meint **Oliver Keymis (GRÜNE)**, und zitiert als Beleg seiner Einschätzung den Ministerpräsidenten, der anlässlich der Eröffnung des Medienforums 2005 geäußert habe, den Medienstandort Nordrhein-Westfalen an die Weltspitze führen zu wollen.

Deshalb überrasche es schon, wenn der Ministerpräsident zwar öffentlich den Schwerpunkt Medien betone und dafür Lorbeeren einheimse, andererseits bisher die Kürzungen von über 2,4 Millionen € bei der Filmstiftung noch mittrage. Im Übrigen gebe es durchaus „Deckungsvorschläge aus dem Beritt“, um die vorgesehene Maßnahme abzumildern.

Dass es Dr. Papke an Ahnung fehle, zeigten nicht zuletzt dessen Einlassungen zu möglichen Wegen, wie sich Effizienz auf dem in Rede stehenden Sektor erzielen lasse, dazu, welche Bedingungen die Produzenten in Deutschland vorfänden, wie kompliziert sich die Filmförderung durch die Aufsplittung auf verschiedene Institutionen darstelle, welche Schwierigkeiten es bereite zu entscheiden, ob es sich um einen nordrhein-westfälischen Produzenten handle, wenn dieser gleichzeitig in anderen Bundesländern arbeite etc.

Unerwähnt geblieben sei heute die Rolle des WDR in Sachen Filmförderung und TV-Produktionen und Agieren mit Blick auf die nordrhein-westfälische Produzentenlandschaft - Stichwort: Bavaria, die in Bayern residiere.

Angesichts dieser komplexen Probleme erwiesen sich die Anmerkungen Dr. Papkes als wenig hilfreich und als fachlich sachlich in keiner Hinsicht weiterführend.

Wolfram Kuschke (SPD) zitiert nochmals Ministerpräsident Dr. Rüttgers anlässlich des Medienforums: „Diese Arbeit“ - die der Filmstiftung - „soll fortgesetzt werden. Dabei ist mir aber wichtig, dass wir zukünftig noch stärker auf die Fördereffekte für Nordrhein-Westfalen achten.“

Vom Grundsatz her halte er, Kuschke, dies für in Ordnung, nur: Was passiere, wenn man bei einem besonderen Konstrukt wie der Filmstiftung „an einem Ende ziehe?“ Er bezweifle nicht die Verlässlichkeit der Aussagen von Staatssekretär Kemper über die Gespräche mit den Kooperationspartnern betreffend deren Finanzausgaben für 2006, doch werde sich die weitere Entwicklung erst am Haushalt 2007 dokumentieren.

Warnen wolle er aus seiner jahrzehntelangen Parlamentserfahrung heraus vor einer sogenannten Landeskinderdebatte, hier nach dem Motto, was an Förderung nordrhein-westfälischen Produzenten etc. zugute komme. Noch nie habe eine solche Debatte mit positivem Ergebnis geendet.

Der neuen Landesregierung wolle er überhaupt nicht das Recht absprechen, neue Schwerpunkte zu setzen. Erwartungsgemäß erhöhe sie beispielsweise die Gelder für die Landwirtschaftskammer - ein schon in der Vergangenheit zwischen damaliger Koalition und Opposition strittiger Punkt - stark. Was jedoch die Filmstiftung anbelange, habe über deren Ausstattung zwischen den Fraktionen nie Streit geherrscht.

Peter Biesenbach (CDU) kritisiert den von Oliver Keymis gegenüber Dr. Papke angesprochenen Umgangston, der einem Weiterkommen in der Sache wirklich nicht diene. - Dies sei keine Einbahnstraße, wirft **Marc Jan Eumann (SPD)** ein. - Wenn die Oppositionsfractionen provozierten, reagierten CDU und FDP entsprechend, wenn sie dies unterließen, stehe vonseiten der Koalition einer vernünftigen Auseinandersetzung nichts im Wege, beschreibt **Peter Biesenbach (CDU)** das Vorgehen von CDU und FDP.

Die hier immer wieder betonte Einvernehmlichkeit bezüglich der Filmstiftung modifiziert **Peter Biesenbach** dahin gehend, dass CDU und FDP insofern zwar keine Anträge gestellt, aber andererseits auch nicht widersprochen hätten, hätten SPD und Grüne den Vorschlag unterbreitet, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Außerdem erinnere er an die unterschiedlichen Auffassungen seiner früheren CDU-Fraktionskollegen Lothar Hegemann und Ruth Hieronymi.

Zu einer Diskussion unter den vorhin aufgelisteten Gesichtspunkten, insbesondere mit Blick auf die komplexe Förderung, erkläre er sich gerne bereit.

StS für Medien, Thomas Kemper (StK), wendet sich zunächst den Ausführungen von Wolfram Kuschke zu und bringt seine Irritation darüber zum Ausdruck, und zwar unter anderem über die Aussagen Kuschkes in puncto NRW-Bezug der Arbeit der Filmstiftung.

Kuschkes Aussagen liefen erstens dem Obersatz des diesbezüglichen Gesellschaftsvertrages zuwider, der da laute: „Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Filmkultur und Filmwirtschaft in Nordrhein-Westfalen.“, und zweitens dem Obersatz der Förderrichtlinien: „Ziel der Förderung ist es, die nordrhein-westfälische Filmkultur zu stärken, indem die quantitative und qualitative Weiterentwicklung der nordrhein-westfälischen Filmkultur und -wirtschaft unterstützt wird.“

Und darüber hinaus heiße es in dem Bericht des vom Landtag eingesetzten Medienrates: „Dennoch bleibt die Bilanz“ - die Bilanz der Filmstiftung - „nach knapp 15 Jahren Förderung noch unbefriedigend, weil sich trotz erheblicher Investitionen die Produzen-

tenlandschaft in Nordrhein-Westfalen nicht so entwickeln konnte, dass eine wirtschaftlich robuste und kreativ erneuerungsfähige Szene entstanden wäre.“ - Das von der Filmstiftung gemäß eigener Angaben in den letzten 15 Jahren verausgabte Volumen belaufe sich immerhin auf 370 Millionen €.

Er, Kemper, verstehe sich - dies sage er ganz klipp und klar - auch als Anwalt der nordrhein-westfälischen Produzenten und könne sich deshalb - insofern spreche er auch für die beiden Regierungsfractionen - nicht damit zufrieden geben, dass von den in 2005 reichlich verausgabten Mitteln lediglich 44 % an nordrhein-westfälische Produzenten gegangen seien, mehr als 50 % hingegen an Produzenten in Bayern, Berlin-Brandenburg und Hamburg. Diesen Zustand gelte es zu ändern; entsprechende Gespräche mit der Filmstiftung fänden statt. Denn Filmförderung sei keine - und hätte dies von Anfang an nicht sein sollen - altruistische Veranstaltung, sondern habe die legitimen Landesinteressen in diesem Sektor zu berücksichtigen.

Niemand in der neuen Landesregierung verfolge übrigens ein medienpolitisches Kirchturmdenken, niemand wolle bayerischen oder Berliner Verhältnissen nacheifern, wo die „eigenen“ Produzenten 98 % beziehungsweise knapp 90 % der Fördermittel erhielten.

Was die aufgrund der Haushaltssituation erforderlichen Einsparungen anbelange, so könne dafür nur auf disponible Mittel zurückgegriffen werden, und diese ständen im Einzelplan 02 in größerem Umfang nur in den Bereichen Medien und Europa zur Verfügung.

CdS und StS für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK), bittet Wolfram Kuschke, wenn er denn den Ministerpräsidenten zitiere, dies dann vollständig zu tun. So habe Dr. Rüttgers auch gesagt: „Angesichts der finanziellen Lage des Landes Nordrhein-Westfalen werden alle Institutionen etc., die aus dem Landeshaushalt gefördert werden, überprüft - wohlwollend, aber auch sehr wohl kritisch. Ich halte nichts von einflusslosen Institutionen. Sie müssen neben einer klaren Zielsetzung auch die notwendigen Instrumente besitzen. Darum werden Nutzen und Wirtschaftlichkeit aller bisherigen Strukturen auf den Prüfstand gestellt.“

Speziell zur Filmstiftung habe er ausgeführt: „Diese Arbeit soll fortgesetzt werden. Dabei ist mir aber wichtig, dass wir zukünftig noch stärker auf die Fördereffekte für Nordrhein-Westfalen achten.“ - Bei der von Thomas Kemper gerade genannten Quote dränge sich ein kritisches Hinterfragen der momentanen Strukturen und Praxis geradezu auf.

Wolfram Kuschke (SPD) sieht im Rahmen der Haushaltsberatungen keine Chance, die vom Ministerpräsidenten und dem Staatssekretär genannten Aspekte in vernünftiger Art und Weise zu diskutieren - mit welchem Ergebnis, sei dahingestellt -, denn trotz ihrer positiven Einlassungen kürze die Landesregierung bereits jetzt den Ansatz mit - etwas flapsig formuliert - der Begründung, der nordrhein-westfälische Markt gebe es nicht her, dass eine Förderung in dem bisher gewohnten Umfang stattfinden könne. - Dies sage niemand aus der Landesregierung, widerspricht **CdS und StS für Kultur, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)**. - Das Agieren der Landesregierung erwecke aber eben diesen Anschein, meint **Wolfram Kuschke (SPD)**. Die Debatte wäre weitaus

glaubwürdiger, wäre sie nicht mit einer Haushaltsoperation verbunden. Solange es der Landesregierung jedoch nicht gelinge, diesen Zusammenhang aufzulösen, müsse sie sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass es sich schlichtweg um eine Haushaltsoperation handle, mit der sie an der einen Stelle Geld einspare, um es an anderer auszugeben.

Außerdem rede man hier nicht über eine beliebige Ware oder Dienstleistung, sondern über das Medium Film, auf das Zuspitzungen wie „Was ist nordrhein-westfälisch und was nicht?“ „Wo gibt es Streuwirkungen?“ „Wo gibt es Überschneidungen?“ nicht anwendbar seien.

Freuen würde sich im Übrigen, bekäme sie diese Debatte hier mit, die Bundesebene, deren Verständnis davon, wem die Verantwortung für Filmwirtschaft und Filmkultur obliegen sollte, schon immer ein anderes gewesen sei als das der Länder.

Marc Jan Eumann (SPD) fügt dem von Staatssekretär Kemper vorgetragenen Zitat aus dem Bericht des Landesmedienrates ein weiteres, entnommen den in dem Bericht enthaltenen Ergebnissen, hinzu: „Für die Förderung der Film- und Fernsehproduktion in NRW ist der Erhalt der Filmstiftung NRW und ihrer Finanzkraft von entscheidender Bedeutung.“ Soweit unter Punkt 9. - Insbesondere beschäftigt habe sich mit diesem Bericht sicherlich Christiane von Wahlert, seinerzeit auf Vorschlag der FDP Mitglied des Medienrates der LfM und jetzt seine Vorsitzende geworden: eine bundesweit anerkannte Expertin der Filmwirtschaft und der Produzentenlandschaft.

Er rege an, um die Sommerpause herum unter Federführung des Vorsitzenden ein Werkstattgespräch mit der Geschäftsführung, dem Aufsichtsrat und den Mitgliedern des Filmförderausschusses der Filmstiftung sowie den drei einschlägigen Produzentenverbänden und Frau von Wahlert durchzuführen, um über Fragen wie NRW-Effekte etc. zu diskutieren.

Vorsitzender Werner Jostmeier (CDU) würde gerne die Haushaltsberatungen und die Meinungsbildung in der Fraktion abwarten, um dann zu versuchen, in einem Obleutegespräch eine Verständigung über die Anberaumung eines Werkstattgesprächs zu erreichen.

StS für Medien, Thomas Kemper (StK), nimmt Bezug auf das von Wolfram Kuschke verwandte Wort Streuwirkung: Herr Kuschke möge davon ausgehen, dass die von ihm genannten 44 % auf einer sehr großzügigen Berechnung beruhten. Eine andere, schärfere Berechnungsweise komme nur auf 35 %.

Zu Marc Jan Eumann: Die nordrhein-westfälische Produzentenlandschaft erweise sich - bedauerlicherweise - als stark in den Bereichen, in denen keine Förderung durch die Filmstiftung fließe, während NRW auf den mit massivem Mitteleinsatz unterstützten Feldern Kinoproduktion und TV-Movie nur noch unter „ferner liefern“ rangiere.

Auch die Wertschöpfung an Drehtagen könne ihn nicht zufrieden stellen, denn sie betrage bezogen auf den seitens der Filmstiftung jeweils eingesetzten Euro 170 bis 175 % - eine ordentliche Quote, aber in Bayern belaufe sie sich auf 300 %.

Fänden alle Fraktionen zu einer gewissen Übereinstimmung, würde ihn das freuen. Für die Landesregierung und seine eigene Person erkläre er: Erstens. Er unterstütze die Filmstiftung in jedem ihrer Punkte. Zweitens. Er habe ein hohes Interesse an der Einhaltung und Umsetzung der Satzungsbestimmungen.

Wolfram Kuschke (SPD) schlägt vor, nicht Werkstattgespräch und Haushalt, wie vom Vorsitzenden beabsichtigt, strikt zu trennen, sondern durch die Ausbringung eines Sperrvermerks die Möglichkeit zu eröffnen, ein nach Verabschiedung des Etats in einem Werkstattgespräch vielleicht gefundenes Ergebnis noch im Haushalt umzusetzen.

Einzelplan 15 - Geschäftsbereich des Ministers für Generationen, Familien, Frauen und Integration

Kap. 15 081 - Landeszentrale für Politische Bildung

Titel 684 20 - Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit an Träger für anerkannte Einrichtungen der Politischen Bildung

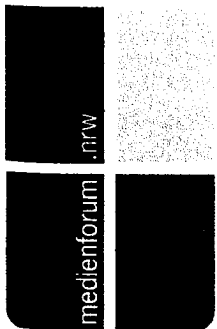
RAng Barbara Duncke (Landeszentrale für Politische Bildung) beantwortet die Frage von **Wolfram Kuschke (SPD)** nach den Auswirkungen auf die Träger aus der vorigen Sitzung. - Sicher bedeute die Kürzung um 20 % einen erheblichen Einschnitt. Die Landeszentrale werde sie allerdings nicht linear umsetzen, sondern sich jede Einrichtung genau ansehen, um zu versuchen, über diese auch für die Einrichtungen finanzpolitisch schwierige Zeit hinwegzukommen.

Vorhersehbar zeichne sich ein Einbruch beim Volumen des Angebots ab - ein bedauerlicher Umstand angesichts der großen Nachfrage insbesondere auch von jungen Menschen nach politischer Bildung. Die personellen Auswirkungen, unter Umständen Stellenstreichungen, ließen sich noch nicht beziffern. Für die Einrichtungen und Träger werde es sich als notwendig erweisen, Gehälter zu kürzen oder die Arbeitszeiten auszuweiten, um Einsparungen bei Honorarkräften zu erzielen.

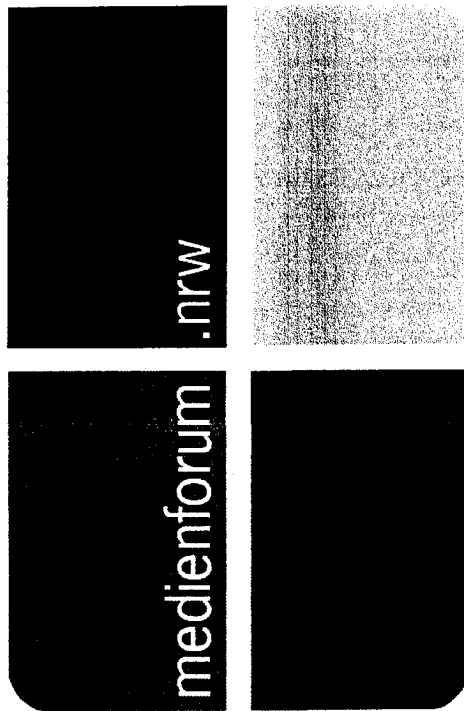
Wolfram Kuschke (SPD) macht auf die gestern erfolgte Präsentation des Verfassungsschutzberichtes durch den Innenminister aufmerksam; ein Bericht, der dokumentiere, wie sehr man an einem angemessenen quantitativen und qualitativen Angebot der politischen Bildung festhalten sollte, zumal es sich, wie gerade zu hören, offenbar einer großen Nachfrage erfreue. Er betrachte es von daher als vernünftig, noch einmal über eine Erhöhung des Ansatzes nachzudenken.

Den Hinweis von Frau Duncke auf die noch nicht einzuschätzenden Auswirkungen der Kürzung empfinde er nicht als Entwarnung. Vielmehr sollte er Anlass bieten, darüber im Fachausschuss intensiv zu diskutieren.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die weiteren Beratungen dem federführenden Ausschuss für Generationen, Familien und Integration zu überlassen.



Stand: 21.03.2006



18. medienforum.nrw

vom 21. bis 24. Mai 2006
Koelnmesse, Rheinparkhallen

Montag / Dienstag / Mittwoch	Montag / Dienstag	Dienstag / Mittwoch	Montag / Dienstag / Mittwoch
Internationaler Fernsehkongress mit Festival	Internationaler Film- Kongress	Konvergenz- kongress	generation m
- Fernsehgipfel - Regulierung - Infrastrukturen - IPTV - TV-Format - Finanzierung - Sender und Programm-trends - Medienrecht	Filmstiftung NRW	- Mobile Media - AOL Internetgipfel - Podcastday - Spielekonsolen - Blogs	- Studiotours - Hochschulkongress - DJV-Fortbildung

INTERNATIONALER FERNSEHKONGRESS

Koelnmesse, Rheinparkhallen, Raum Neckar
 10:00 Uhr Eröffnung Medienforum.nrw
 Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
 Eröffnung Fernsehgipfel
 Fritz Reitgen, Markus Schlichter, Anke Schäferkordt,
 Gabriele de Posch, Dr. Georg Köller, Dr. Herbert Höber
 Infrastruktur: Fragen und kritische Dialoge
 14:00 Uhr IPTV Podiumsdiskussion
 16:00 Uhr
 Koelnmesse, Rheinparkhallen, Raum Main
 14:00 Uhr TV-Formate – Wissens TV
 Koelnmesse, Rheinparkhallen, Produzentenlounge
 14:00 bis Sender- und Programmtrends in Kooperation
 18:00 Uhr mit dem Film & Fernsehproduzentenverband nrw e.V.

Montag,

INTERNATIONALER FILMKONGRESS

Koelnmesse, Rheinparkhallen
 12:30 bis Kino und Kultur – Eröffnung des
 14:00 Uhr Internationalen Filmkongresses
 Hans-Joachim Grosse-Brockhoff,
 Staatssekretär für Kultur
 15:00 Uhr Wo bitte geht's nach Cannes?
 Festivalstrategien für Filmemacher

INTERNATIONALER FERNSEHKONGRESS

Koelnmesse, Rheinparkhallen, Raum Mosel
 10:00 Uhr TV Formate – Event TV
 14:00 Uhr Sender- und Programmtrends –
 Internationale Programmtrends
 Keynote, Judith A. McHale,
 CEO Discovery Communications
 14:30 Uhr TV Formate – Real History Doku
 Programmspiele und Statements
 16:30 Uhr Internationale Programmtrends
 Entertainment Keynote, Ute Bernal,
 Gf. Grundy Light Entertainment GmbH
 Koelnmesse, Rheinparkhallen, Raum Ruhr
 10:00 Uhr Finanzierung, Sportvermarktung
 11:00 Uhr Grenzen der Vermarktung von Sportrechten
 12:00 Uhr Sport und Wetten
 Koelnmesse, Rheinparkhallen, Raum Neckar
 11:30 Uhr Regulierung in Europa
 Koelnmesse, Rheinparkhallen, Produzentenlounge
 10:00 bis Sender- und Programmtrends
 18:00 Uhr in Kooperation mit dem VFFV media

Dienstag,

INTERNATIONALER FERNSEHKONGRESS

Koelnmesse, Rheinparkhallen, Produzentenlounge
 10:00 bis Tag des Medienrechts
 16:15 Uhr

EVENTS

19:00 Uhr
 Gettogether Party
 im Musical Dome
 09:00 bis Studio Touren
 18:00 Uhr

EVENTS

18:00 Uhr
 Verleihung Deutscher
 Kamerapreis
 (mit gesonderter Einladung)
 19:00 Uhr
 AOL Media Night
 (mit gesonderter Einladung)
 21:00 Uhr
 RTL-Producer Empfang
 (mit gesonderter Einladung)

EVENTS

18:00 Uhr
 Chill-Out-Party des Podcastday

